

Nationaler Integrationsplan – ein Impuls?

Vortrag am 09.12.07 im Kloster Banz

Nationaler Integrationsplan – ein Impuls?

Er ist der Gemeinsame Weg der von Migranten/Organisationen und der Politik, ja von vielen Akteuren seit Jahrzehnten unterschiedlich gegangen worden ist. Jetzt ist dieser Weg ein gemeinsames Ziel, eine Herausforderung, die von allen angenommen werden soll.

Der Nationale Integrationsplan ist nicht nur ein Impuls, sondern auch das Ergebnis jahrelanger Integrationsarbeit. Offensichtlich waren all die vielen Bemühungen von unterschiedlichster Seite in den letzten Jahrzehnten nicht ausreichend oder wurden nicht ausreichend ergriffen.

+

Allerdings ist die gelebte und erfolgreiche Integration einerseits und Missstände in vielen Lebensbereichen andererseits kein Widerspruch.

Sie spiegeln nur den Facettenreichtum unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens wieder.

Eine der Hauptursachen für die heutige Schieflage ist, dass Integrationshindernisse vielfach allein auf Seiten der Einwanderer konstatiert wurden und ein offener Integrations-Diskurs erst in jüngster Zeit – und leider noch immer Stiefkind– und zögerlich begonnen wurde.

Über Jahrzehnte hinweg war das Thema eher ein ungeliebtes Stiefkind deutscher Politik, dem allenfalls ordnungspolitisch begegnet wurde.

„Mit Euren/diesen Themen kann man keine Wahlen gewinnen“, so lautete der Standardsatz, den ich fast 20 Jahre lang mit schöner Regelmäßigkeit immer wieder

zu hören bekam. Bei den Wahlen würden nur den Ängsten der Wähler bedacht und sie wurden bedient und damit von höchsten Stellen bestätigt statt abgebaut.

30 Jahre langes Stillschweigen

Die Ausländerfrage stellte Anfang der 60er Jahre ein sich selbst lösendes Problem dar, wo man nicht eingreifen brauchte, da damals die Vorstellung, dass die Gastarbeiter nicht zurückkehren würden, absurd war. Integration und seine komplexen Gebiete waren in solcher Form noch unbekannt

Die ersten Hilfen für ausländische Arbeiter entstanden aus der Hilflosigkeit: der Einlebens-Prozess, der auch noch heute praktisch gelebt wird, fand dort statt, wo die Menschen lebten und arbeiteten, nämlich in ihrer Straße, ihrem Stadtviertel, ihrer Stadt oder an ihrem Arbeitsplatz.

Damals kamen die ersten zusammen um diesen Prozess zu erleichtern, Gewerkschaften griffen ein, Vereine fassten Fuß, Ausländerbeiräte wurden eingerichtet, usw.

Diese Art der Integrationspolitik galt in vielen Kommunen seit Jahrzehnten als eine Selbstverständlichkeit. Aber es gab und gibt auch noch manchen Kommunen, wo dies nur ein Randthema ist.

Man kann hier deutlich die Entwicklung der Gastarbeiter-Frage zur Migrationspolitik erkennen: Aus der Frage „Wie gehen wir mit unseren Gastarbeitern um? Was wird aus den Gastarbeitern?“

wurde im Lauf der Zeit die Frage nach den Ausländern und später, als man erkannte, dass diese Menschen ein fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft wurden, sogar Integrationspolitik.

So wurden aus den ehemaligen Gastarbeitern Bestandsausländer und die neuen, die noch dazu gekommen sind, Zuwanderer.

Schon während dieser Entwicklung wurden Ausländergesetze je nach Regierungen und politischen Begebenheiten erlassen, teilweise halbherzig aus der Notwendigkeit heraus aber manchmal auch aus populistischem Kalkül.

Der rein ordnungspolitische Ansatz der Regelung der Migration, die diese Gesetze suggerierten, wurden nun vom Integrationsplan als gescheitert erklärt.

Gleichzeitig gibt man diesen Ansatz nicht auf, denn was ich jedoch klar und deutlich sehe, ist, dass diese Ausländergesetze nun verschärft worden sind. Dies stellt meiner Meinung nach einen Anachronismus dar und unterminiert die Glaubwürdigkeit des neuen Ansatzes in der Integrationspolitik.

Denn ob diese Gesetze die Probleme erfassen und lösen konnten, sei einfach mal dahin gestellt.

Die Zeit, meine Damen und Herren, ist reif für den nationalen Integrationsplan.

An dieser Stelle kommen unweigerlich folgende Fragen einem in den Sinn:

Was bringt uns der Nationale Integrationsplan?

Brauchen wir so etwas überhaupt?

Ist das das Standbein unserer politischen Lösungen

Bringen diese Integrationskonzepte, Aktionspläne, Maßnahmenkataloge usw.?

Um diese Fragen beantworten zu können, muss man einen Schritt zurückgehen.

Fast jede Kommune versucht seit Jahren mehr schlecht als recht eine eigene Vorgehensweise und einen Plan für die Integration seiner ansässigen Migranten zu entwickeln und -durchzuführen.

Wozu braucht man da noch eines auf der Bundesebene?

Glauben Sie mir, all diese Fragen haben wir uns als Beiräte auch schon oft gestellt, als Frau Bundeskanzlerin Merkel vor einem Jahr ihr Vorhaben eröffnete.

Friedliches Zusammenbestehen und gar Integration kann man das von höchster Stelle aus einfach befehlen? Dies sicherlich nicht. Aber auf höchster Ebene das Thema auf die Tagesordnung zu setzen, bedeutet es in das öffentliche Bewusstsein

zu rücken. Dies begrüßen wir als Migrantenvertretungen Bayerns.

Da greift jetzt ein Aspekt, den ich bis jetzt unberücksichtigt ließ. Dieser Nationale Integrationsplan ist das Produkt jahrelanger Erfahrung der teilnehmenden Parteien in Sachen Ausländerarbeit und Integration.

Menschen, die seit Jahrzehnten sich mit dieser Materie beschäftigen, haben gemeinsam mit den Verantwortlichen auf der Bundesebene ein Konzept entwickelt. Es geht um die Zukunft und mit von der Partie sind jetzt auch politische Richtungsgeber, ein klarer Roter Faden musste her, an dem man sich orientieren kann. Mittlerweile genügt es nicht mehr, dass jeder vor sich hin Integration betreibt. Alle Bereiche des öffentlichen Lebens sind angesprochen, sich an diesem roten Faden zu orientieren, aus dem Erfahrungsschatz zu schöpfen. Zusammenarbeit ist gefragt und soll gefördert werden. Es kann nicht sein, dass es dem Zufall überlassen wird, wo in Deutschland man sich besser integrieren kann und wo nicht. Ein Netz soll entstehen, wo aktiv gesteuert werden kann.

Nun soll ich als Ausländerbeirätin Stellung dazu nehmen. Nun die Ausländerbeiräte sehen sich als ein Gremium, das die „Neu/ Alte/bürgern“ ohne Wahlrecht am Geschehen in der Kommune aktiv teilhaben lässt und sich gleichzeitig aus erster Hand über die Anliegen ihrer Ausländer informiert und berät. Wir sind die einzigen demokratisch gewählten, nationalitäten und ethnienübergreifenden Migrantenselbstvertretungen, die Parteienpolitisch neutral arbeiten. Es wäre wichtig, dass die Beiräte in den Dialog und Planungsprozessen institutionell gebunden werden. Für Bayern ist trotz positiven Entwicklungen in den letzten Jahren eine institutionelle Förderung der Landesvertretung der Migranten also AGABY, deren Vorstandsmitglied ich bin weiterhin ausgeblieben. Wir hoffen, dass im Sinne des nationalen Integrationsplanes aber auch der Kampagne des bayerischen Sozialministeriums „Integration im Dialog“ dies sich ändert. Den Dialog braucht eine Infrastruktur, die gefördert werden muss.

Nun was kann der Nationaler Integrationsprozess verändern? Wie wird sich das ganze überhaupt ändern?

Die Wahrheit aber, dass trotz vieler Erfolge vieles nach wie vor nicht gelöst und im Argen liegt, können auch wir nicht leugnen, da unsere Einsatzmöglichkeiten auch beschränkt sind.

Es ist allgemein bekannt, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund schlechte Startchancen in Schule, Ausbildung und Beruf haben.

Die Religionsfreiheit scheint in vielen Städten unseres Landes nicht für Muslime gelten zu sollen.

Nehmen wir das Beispiel München: eine weltoffene Stadt, modern, reich, aufgeklärt, ein Zeichen Deutschen Lebens. Doch selten habe ich Ablehnung und Hass in dieser Form offen ausgesprochen erlebt, wie genau in dieser Stadt im Zusammenhang mit dem geplanten Moscheebau in Sendling. Es ist eigentlich nur eine Form von Angst vor dem unbekanntem, der jedoch nur allzu gern in Fremdenfeindlichkeit umschlägt. Vorurteile oder gar Rassismus kann jeder erleben, der sensibel ist und mit offenen Augen und Ohren durch seine Stadt geht. Da muss man nicht nach München.

Die Unabhängige Kommission Zuwanderung spricht von gleichberechtigter Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unter Respektierung kultureller Vielfalt“ so ihre Integrationsdefinition, doch davon sind wir immer noch weit entfernt.

Lassen wir die neu hinzugekommenen Zuwanderer außer Acht, denn diese haben die Integration noch komplett vor sich. Betrachten wir unsere Bestandsausländer, die die seit Jahren hier sind und mittlerweile nicht mehr nur in der 2. sondern 3. und gar 4. Generation unter uns leben. Diese Gruppe dürfte keine Probleme und Fragen mehr haben dürfen. Die Realität sieht anders aus.

Spätestens seit der Zusammenarbeit und Präsentation des Nationalen Integrationsplans ist klar, dass Integration, nämlich das Zusammenleben von Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund, nicht mehr nur Kuschelpolitik sondern Chefsache geworden ist.

Dies allein ist aus meiner Sicht ein herausragendes Ergebnis, das noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre.

Ein Meilenstein in der Geschichte der Integration.

Der Nationale Integrationsplan greift aber auch ein Thema auf, was bis dato unter den Tisch gekehrt wurde. Er erkennt an, dass es nicht mehr ausreicht, nur Forderungen an die Migranten zu stellen. Man versucht sich in diesem Bereich von der sog. Bring- und Holschuld zu distanzieren.

Der Staat hat verstanden, dass er die Verantwortung für das Gelingen und Scheitern des Prozesses trägt, dass er steuern muss und bereit sein muss in diesen Prozess zu investieren und aktiv daran teilzunehmen.

Und ein weiterer Meilenstein:

Erstmals in der deutschen Geschichte der Ausländerpolitik trafen Vertreterinnen und Vertreter aller staatlicher Ebenen auf die zivilen gesellschaftlichen Verbände, Dachverbände und Migrantenorganisationen aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaft und Religion, um in Arbeitsgruppen und im gemeinsamen Dialog die Integrationspolitik auf allen Ebenen auf eine gemeinsame Grundlage zu stellen.

Über ein Jahr lang wurden in 10 Arbeitsgruppen Vorschläge entwickelt und diskutiert und Selbstverpflichtungen eingegangen, die allesamt in das über hunderte Seiten umfassende Papier eingegangen sind.

Natürlich ist nicht alles neu. Hier wurde vieles altbewährte auch dazu genommen und weiterentwickelt und neu definiert.

Wenn wir die Vorschläge und Verpflichtungen lesen, erleben wir ein Deja-vu und bemerken, dass wir das schon kennen, dass wir, Ausländerbeiräte, vieles schon lange machen und genau so lange von der Politik fordern.

Aber eins ist sicher:

Der Plan will neue Wege aufzeigen, um die Initiativen von Bund, Land und

Kommunen zu bündeln, um effektiver zu sein, um die Integrationskurse, den Spracherwerb, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarktchancen, die Lebenssituation von Frauen und Mädchen, Kultur, Sport, Medien, bürgerschaftliches Engagement zu verbessern.

Und das ist in der Tat neu.

Dabei setzt man einerseits auf die stärkere Zusammenarbeit zwischen staatlichen Akteuren und Menschen aus Zuwanderer-Familien und andererseits auf die intensive Einbindung aller am Integrationsplan Beteiligten.

Die Botschaft ist klar und deutlich:

Integration mithilfe von Migrantorganisationen, ein Signal, worauf Migranten seit Jahrzehnten gewartet haben.

eine Herausforderung, die von allen angenommen werden soll.

Ich will aber nicht leugnen, dass ich das Gefühl habe, dass im Nationalen Integrationsplan manche Fragen doch nur kurz gestreift wurden.

Zum einen hätte man Aktivitäten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mehr betonen können.

Zum anderen erhält die Frage der rechtlichen Gleichstellung in diesem Plan eher einen untergeordneten Stellenwert. Hier sei die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts und die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle, die in den Kommunen leben erwähnt. Auch die Erleichterung der Einbürgerung wäre wichtig. Sie wissen, dass das Bundesverfassungsgericht vor Jahren angemahnt hat, dass die Kluft zwischen Wahlvolk und Wohnbevölkerung geschlossen werden soll. Es ist nicht gut für die Demokratie, wenn in manchen Großstädten bis zu 15% oder mehr der Bevölkerung von Wahlen ausgeschlossen sind. Dazu brauchen wir ganz andere Einbürgerungszahlen und aus unserer Sicht ist die Hinnahme der Doppelten Staatsbürgerschaft ein wichtiges Instrument.

Integration setzt gleiche Partizipationsmöglichkeiten voraus.

Um einen Dialog auf gleicher Augenhöhe zu führen, benötigt man auch immer gleiche Ausgangspositionen.

Das Wort Teilnahme taucht überraschend oft auf, doch um diese Teilnahme zu gewährleisten müssen Reformen her.

Im Zuge des Nationalen Integrationsplan fällt leider auch negativ auf, dass diese Erklärungen für mehr Integration nicht im Einklang mit den Verschärfungen im Ausländerrecht stehen, die fast zeitgleich verabschiedet wurden.

Kommen wir aber wieder zurück auf all diese Forderungen, Projekte, Anstöße. Die Zeit wird zeigen, ob und wie viel davon umgesetzt werden. Auch hier ist wieder Vorsicht geboten, denn all das, was bereits vor dem Plan umgesetzt wurde, was seit Jahren Bestand hat, kann man nicht kurzerhand als ein Erfolg des Integrationsplanes betrachten.

Aber die Ansätze sind gut, die Rahmenbedingungen werden vorgegeben. Nun muss die Zielgruppe erreicht werden. Hier fängt die Arbeit erst richtig an. In den Orten ist jetzt Einsatz gefragt, um aus dem Plan eine Erfolgsgeschichte zu machen. Hand in Hand müssen alle zusammenarbeiten, nicht nur wir als Ausländerbeiräte, auch die ganzen Kommunalpolitiker, die Stadtverwaltung, die gesellschaftlichen Verbände und Vereine, Religionsgemeinschaften und natürlich Migrantorganisationen, kurzum die Einwohner der Stadt.

Für einen reibungsfreien Ablauf ist Engagement und Verantwortungsbewusstsein gefordert.

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände empfiehlt ihren Mitgliedern, der Integration eine hohe kommunal politische Bedeutung zu zumessen. Da wären wir wieder bei der Chefsache.

Um einige Möglichkeiten in der Umsetzung des Integrationsplanes in einer Kommune aufzuzeigen, habe ich ein paar Stichworte herausnotiert:

- Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Verwaltungen erhöhen
- Mitarbeiter weiterbilden mit dem Ziel der Kundenfreundlichkeit und dem Bedarf an interkultureller Kompetenz wirkungsvoller Rechnung zu tragen

- Als Arbeitgeber einen unmittelbaren Beitrag zur beruflichen Integration zu leisten
- Verbindliche und strukturierte Kooperationen von Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und Horten fördern
- Kommunale Netzwerke für Bildung, Integration und berufliche Perspektiven zu initiieren und zu fördern.
- Lokale Netzwerke unterstützen
- Bei der kommunalen Wirtschaftsförderung die ethnische Ökonomie und Existenzgründungen stärken und einbinden.
- Das bürgerliche Engagement von Migranten unterstützen und fördern,
- Migranten mehr in die Entscheidungsprozesse im sozialen und politischen Leben einbinden.

Dieser Punkt liegt mir persönlich sehr am Herzen und ich kann nur raten, sich den Nationalen Integrationsplan mal durchzulesen.

Er deckt fast alle Bereiche des Lebens ab und gibt eine Fülle von Anregungen für Maßnahmen und zeigt auf, wo man Unterstützung erwarten und erhalten kann.

Er greift auch das Problem der sozial räumlichen Integration auf, das Quartiermanagement, das in der Praxis bis heute ebenfalls eher unberücksichtigt blieb.

Sie werden mir zustimmen, dass im Wohnumfeld die besten Möglichkeiten und Ansätze für eine erfolgreiche Integration bestehen, da hier alle Menschen ihren Lebensmittelpunkt haben.

Diese Stadtviertel müssen und werden weiterentwickelt, dass sich die Menschen dort wohl fühlen und sich mit ihrem nächsten Umfeld identifizieren, da hier die Menschen sich ein soziales Netzwerk aufbauen und Kontakte knüpfen können.

Kontraproduktiv sind da Vorschläge wie erst neulich, Menschen, die aus einer bestimmten Bevölkerungsgruppe stammen, in einem Wohngebiet zusammen wohnen zu lassen und so eine Art modernes Ghetto aufzubauen, damit diese Menschen unter sich bleiben. Abschirmung statt Einbindung.

Der konkrete Vorschlag aus dem Nationalen Integrationsplan hierfür ist eindeutig. Er schlägt Kommunen und Wohnungswirtschaftlern vor, interkulturellen Begegnungsstätten mit Betreuungs- und Beratungsangeboten einzurichten, Personal für qualifizierte Bildungs- und Freizeitangebote anzubieten, Grünflächen und Freiräume zur Mieternutzung zur Verfügung zu stellen.

Das Programm „Soziale Stadt“ der Bundesregierung wird hier aufgegriffen und fortgesetzt und mit anderen Fachpolitikern und Programmen verstärkt.

Diese Vorschläge werden schon umgesetzt,

Die Länder haben bereits zur Finanzierung den Einsatz von EU- und Landesmitteln zugesagt und auch die Wohnungswirtschaft will durch verstärkte Bereitstellung von Gärten, Grün- und Freiflächen oder Gemeinschaftsräumen ihren Beitrag dazu leisten. Ebenfalls haben sich nicht staatliche Institutionen ihrerseits verpflichtet, gemeinsame Aktivitäten im Quartier zu organisieren,

Migrant*innenorganisationen und Ausländerbeiräte übernehmen Funktionen als Ansprechpartner und Moderatoren und organisieren über ihre Mitglieder im Quartier selbst Angebote und gestalten Kommunikationsräume mit.

Ein gutes Beispiel dafür, wie Aktivitäten von Bund, Land, Kommune, Wirtschaft, Migrant*innenorganisationen, Vereinen und engagierten Menschen aussehen und dabei viel bewegen können.

In der Türkei gibt es ein schönes Sprichwort, was alles auf einen Punkt bringt

Bir gün gelir yaban sila olur

EINES TAGES WIRD DIE FREMDE HEIMAT.

Doch damit es soweit kommt, darf man einen Satz, den Goethe vor unserer Zeit gebrauchte ohne zu wissen, wie brisant er werden würde, nicht ignorieren

Hier bin ich Mensch, hier darf ich es sein

Auf unsere heutige Zeit übertragen, bedeutet es in erster Linie , dass wir die Menschen, die wir salopp als Ausländer, Zuwanderer, Gastarbeiter und Migranten bezeichnen, mal zur Abwechslung als das sehen sollten, was sie sind, nämlich als Menschen, die sich zu Hause fühlen möchten.

Doch was bedeutet das für den Nationalen Integrationsplan?

Zugegeben er ist nicht perfekt, es fehlt einiges, man könnte ihn weiter ausbauen. Er ist wie wir Menschen nicht vollkommen, aber dafür versteht er sich ja auch als ein Plan.

Und man muss zugeben, dass er im Großen und Ganzen ein hervorragender und ziemlich konkreter Ansatz ist, wie jeder seinen oder ihren Beitrag zur Integration leisten kann.

Also gut wir haben einen Plan, der uns sagt, wie es gehen kann und soll, nun muss nur noch vor Ort entschieden werden, was zu machen ist und welche Empfehlungen umgesetzt werden können.

Integration kostet Geduld, Einsatz, Erfahrung und Geld, Schon wieder Geld?

Ja, sogar viel Geld, denn unsere Gesellschaft zeigt uns, dass es nichts umsonst gibt.

Aber die Realität zeigt uns ebenfalls, dass einem wenn an falscher Stelle gespart wird, die Folgekosten bei weitem viel teurer zu stehen kommen.

Der nationale Integrationsplan will gezielt Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit, Ausschluss, Segregation und soziale Spannungen abbauen, nicht nur für ein harmonisches Zusammenleben, sondern auch um Situationen wie sie erst kürzlich erneut in Frankreich aufgetreten sind, entgegen zuwirken.

Integration bedeutet über den Tellerrand hinausschauen. Seinem Mitmenschen, Nachbarn die Hand reichen, zusammenhalten und eine Gemeinschaft mit allen

Anwesenden zu bilden.

In diesem Sinne möchte ich mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken und Ihnen meine Hand für ein gemeinsames Leben in Deutschland reichen.

Ayhan Yaver

Agaby Vorstandsmitglied